

ENTSCHLIESSUNGSANTRAGXXV.GP.-NR
414 /A(E)

30. April 2014

der Abgeordneten Dr. Belakowitsch-Jenewein, Dr. Karlsböck
und weiterer Abgeordneter

**betreffend Maßnahmen- und Förderprogramm zur Sicherstellung der ärztlichen
Versorgung im ländlichen Bereich**

.Bis zu 70 Wochenarbeitsstunden, Bereitschaftsdienst jede zweite Nacht und tausende Straßenkilometer jährlich unterwegs, - so lässt sich die Arbeit eines Landarztes in der Region draußen beschreiben. Auf Grund dieser Rahmenbedingungen fehlt bei vielen Landarztstellen bereits der Nachwuchs, der die Ordination übernehmen möchte. Bereits aktuell wird in vielen Regionen in den einzelnen Bundesländern der Ärztemangel für die Patienten spürbar. So gehen etwa im Bundesland Oberösterreich im kommenden Jahrzehnt mehr als die Hälfte der Landärzte in Pension. Dies führt dazu, dass eine qualitativ hochwertige ärztliche Nahversorgung unabhängig vom Alter, dem Einkommen und der regionalen und sozialen Herkunft der Patienten nicht mehr gewährleistet werden kann. Um auf diese gesundheitspolitische Herausforderung zu reagieren, muss ein bundesweites Maßnahmen- und Förderprogramm geschaffen werden, das entsprechende Anreize zur Übernahme einer Landarztpraxis schafft. Mit der Schaffung eines solchen Maßnahmen- und Förderprogramm müssen sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Einkommenssituation bereits bestehender und zukünftiger Landärzte massiv verbessert werden. Dabei ist insbesondere auch auf den hohen Anteil weiblicher Medizinabsolventen Bedacht zu nehmen. Die Stellung des Landarztes ist sowohl in seiner Stellung in der Gesellschaft als auch ökonomisch massiv aufzuwerten. Nur so kann der wachsende Landärztemangel gestoppt werden und eine adäquate Gesundheitsversorgung sichergestellt werden.

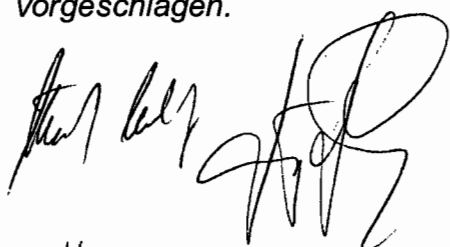
Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Gesundheit, wird aufgefordert, ein Maßnahmen- und Förderprogramm gegen den drohenden Ärztemangel zu initiieren und die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine qualitativ hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung der österreichischen Bevölkerung im ländlichen Bereich auch in Zukunft sicherzustellen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen.



30/4